

Auer Tageblatt

Bekanntmachung
Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen. — Erscheint wöchentlich, Preis pro Anzeigensatz Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen. — Erscheint wöchentlich, Preis pro Anzeigensatz Nr. 23.

Entgeltfrei: Tagesblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1498

Nr. 115

Dienstag, den 19. Mai 1925

20. Jahrgang

Die Abrüstungsnote eine beträchtliche Ueberraschung für Deutschland.

London, 17. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des Sunday Times erzählt, der Wortlaut der Abrüstungsnote der Alliierten an Deutschland werde wahrscheinlich eine beträchtliche Ueberraschung für Deutschland sein. Die Alliierten würden von Deutschland die genaueste Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrages verlangen. Die Uebereinstimmung zwischen Frankreich und Großbritannien über den Hauptinhalt der Antwort sei so gut wie erreicht. Die Note werde darauf bestehen, daß Deutschland seinen Verpflichtungen, mit denen es im Vertrag sei, nachkomme, bevor die Räumung von Aëlin in Frage komme. Die von Briand vorgeschlagene Antwort auf den deutschen Sicherheitspaktvorsatz werde wahrscheinlich vom Kabinett am Mittwoch erwogen werden. Es bestehe noch ein großer Unterschied zwischen der britischen und französischen Auffassung in der Sicherheitsfrage. Der diplomatische Korrespondent des Observer äußert sich in gleichem Sinne. Wie angedeutet wird, werde die Note ein langes Dokument sein. Ueber die Sicherheitspaktverhandlungen berichtet der Korrespondent, wie es heiße, vertrete Briand den französischen Standpunkt, wonach der Pakt eine Zusage Deutschlands enthalten müsse, die vertraglichen Grenzen im Osten ebenso wie im Westen dauernd anzuerkennen. Frankreich werde zweifellos, nachdem das britische Kabinett die Angelegenheit

erwogen habe, mitgeteilt werden, daß nach britischer Ansicht das deutsche Angebot, keinen Versuch zu unternehmen, die Ostgrenzen durch kriegerische Methoden abzuändern, den Anforderungen genüge, und daß die britische Regierung die beiden folgenden Bedingungen in Rechnung ziehe, daß erstens Deutschland vor dem Abschluß des Paktes dem Völkerbund beitrete, und zweitens, daß, während der Pakt die Westgrenzen unbedingt schütze, es nicht zu seinen Zielen gehören soll, die bestehenden Vertragsbestimmungen für die Ostgrenzen Deutschlands zu ändern.

London, 17. Mai. Der diplomatische Schriftsteller der „Observer“ schreibt, die öffentliche Meinung in Deutschland werde einen furchtbaren Stoß erhalten, sobald die alliierte Note über die Abrüstung veröffentlicht würde. Die Note werde ein langes Dokument sein, das eine ungeheure Liste von Forderungen enthalten werde, die befriedigt werden müssen, bevor die Alliierten der Ansicht sein werden, daß Deutschland die Verpflichtungen des Versailler Vertrages erfüllt hat und bevor infolgedessen Köln geräumt werden könne.

In englischen offiziellen Kreisen erklärt man, daß zwischen London und Paris ein volles Einvernehmen praktisch hergestellt sei bezüglich der Liste der Verletzungen, die Deutschland bekanntgegeben werden sollen.

Aussagen der Frau Höfle vor dem Untersuchungsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages für den Fall Dr. Höfle vernahm am Sonnabend vormittag den Rechtsanwält Dr. Ueberberg, den Rechtsbeistand Dr. Höfles. Der einzige Punkt, der Ueberberg Kopfschmerzen machte, war der der Untreue. Dr. Höfle erklärte seinem Anwalt, er habe nie daran gedacht, die Post zu schädigen. Er habe den Kredit im Vertrauen auf die Barmatz gegeben und angenommen, daß er vollständig zurückgezahlt werden würde. Dr. Höfle habe sich selbst stellen wollen, das sei aber durch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft vereitelt worden.

Dr. Ueberberg wird nunmehr auf eine Stunde entlassen. Das Gericht verliest hierauf eine Aussage der Frau Höfle, in der es u. a. heißt: Am 23. Januar 1924 nachm. gegen 6 Uhr erschien Staatsanwaltschaftsrat Belger mit einem Herrn in meiner Wohnung. Sie fragten nach meinem Mann, der aber nicht anwesend war. Ich stellte den Herren anheim, da ich nicht genau wußte, wann mein Mann wiederkommen würde, am Abend noch einmal vorzusprechen. Herr Belger erklärte mir, er wolle abends nicht wiederkommen. Gegen Mitternacht erschien der Staatsanwaltschaftsrat jedoch wieder. Mein Mann war natürlich sofort bereit, die Untersuchung zu gestatten, führte die Herren in den Keller und zeigte das präparierte Material, das teilweise noch verpackt und verschlüsselt war und von den Herren aufgeschlüsselt wurde. Von diesem gesamten durchsuchten Material ist nicht ein Stückchen beschlagnahmt worden, da es sich meistens um Broschüren oder Manuskripte handelte.

Am 10. Februar gegen Mittag erschien Staatsanwaltschaftsrat Belger wiederum mit einem anderen Beamten in meiner Wohnung und fragte nach meinem Mann, der wieder nicht ausgehen war. Einige Zeit später wurde ich telefonisch von Herrn Belger — da offenbar das in der Zwischenzeit stattgefundenen Gespräch zwischen meinem Mann und mir belauscht worden war — angerufen, ob ich nun die Fernsprechnummer, unter der mein Mann zu erreichen sei, angeben könne. Ich gab die Nummer an. Von diesem Augenblick an habe ich weder von meinem Mann noch von der Staatsanwaltschaft irgendwelche Nachrichten über den Verbleib meines Mannes erhalten. Dieser kam abends nicht zurück. Ich habe die ganze Nacht hindurch vergeblich auf irgend eine Benachrichtigung gewartet. Am nächsten Morgen erfuhr ich aus dem „Berl. Tagebl.“, daß mein Mann verhaftet worden sei. Offiziell bin ich von Moabit aus auch weiterhin nicht von der Verhaftung meines Mannes benachrichtigt worden. Voll Aufregung fuhr ich noch am gleichen Morgen nach Berlin und erhielt gegen Mittag in Moabit vom Untersuchungsrichter die Erlaubnis, meinen Mann zu sprechen. Dieses Gespräch fand im Beisein eines Bürobeamten statt. Mein Mann konnte vor Aufregung kaum sprechen. Er erklärte mir nur kurz, daß er die Nacht in der Zelle verbracht habe, aber heute ins Lazarett käme. Anfang März fiel mir auf, daß mein Mann sehr elend ausseh und ungewöhnlich viel abgenommen hatte. Zwei weitere Besuche am 4. und 14. März wurden im Lazarett im Beisein eines Beamten abgehalten. Als ich am 14. April, also am Osterdienstag, wieder in das Zimmer trat, war ich entsetzt über das Aussehen meines Mannes. Er sah aus, als läge er in den letzten Tagen. Er konnte nicht mehr richtig reden. Er sagte, er käme morgen — also am Mittwoch — heraus. Drei Ärzte hätten ihm gesagt, er wäre krankenhausfähig. Dann sagte er wieder: „Ich komme ja doch nicht heraus weil die Barmatz nicht herauskommen.“ Am Mittwoch früh fuhr ich zum Untersuchungsrichter Dr. Rothmann, um ihm den Zustand meines Mannes, wie ich ihn am Tage vorher getroffen hatte, eingehend zu schildern. In der Aufregung sagte ich ihm wörtlich: „Wenn mein Mann noch ein paar Tage hier drinnen bleibt, dann bringen Sie meinen behandelungsbedürftigen Mann mehr heraus, sondern eine Leiche!“ Auf diese Schilderung ging Dr. Rothmann überhaupt nicht ein, sondern er erklärte mir, daß er „durch gesetzliche Bestimmungen gebunden“ sei. Als ich ihm dann noch sagte, daß mein Mann würde reden dürfte, erklärte er, „das hätte man häufig bei Gefangenen, das wäre eben die Gastfreundschaft“.

Aus den Rettungsnotizen nach dem Tode meines Mannes erfuhr ich zu meiner größten Verwunderung, daß mein Mann bereits am Sonnabend, den 18. April, nachmittags 3 Uhr betäubt in seinem Bett aufgefunden wurde. Trotzdem hat man es nicht für nötig gehalten, mich sofort zu benachrichtigen, sondern in der Nacht vom 19. zum 20. April, also vom Sonntag auf Montag, wurde ich gegen 1 Uhr telefonisch angerufen, daß sich der Zustand meines Mannes durch das plötzliche Auftreten einer Lungenentzündung verschlimmert habe.

Furchtbare Grubenkatastrophe in Dortmund.

Am 16. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr ist auf der Zeche Dorstfeld, Schacht 5, das Sprengstoffmagazin auf der Wettersohle explodiert. Die Explosionsgase sind zum Teil in belebte Räume eingedrungen und haben dort Opfer gefordert. Bisher sind 1 Toter und 25 Verletzte geborgen. Etwa 30 Mann aus der gefährdeten Abteilung werden vermisst. Das Rettungswerk ist im Gange. Die Ursache der Explosion und ihre ganze Ausdehnung ist noch nicht festgestellt. Die Zeche Dorstfeld hat das Gesteinstaubverfahren in vollem Umfang als eine der ersten Zechen des fliegenden Kohlen durchgeföhrt. Die Belegschaft ist mit elektrischen Lampen ausgerüstet.

Von dem Unglück wurden auch Teile der Belegschaften der Schächte 2 und 3 betroffen. Auf Schacht 2 sind am Sonntag mittag eingefahren 289 Mann, herausgefahren bis 8 Uhr abends 85 Mann, außerdem 14 Verletzte, so daß sich noch 181 Mann in der Grube befinden. Auf Schacht 5 sind eingefahren 288 Mann, herausgefahren bis 8 Uhr abends 190 Mann und vier Verletzte, so daß in der Schachtanlage sich noch 44 Mann befinden.

Oberbergamt Schlattmann, Bergamt Bohlwinkel vom Oberbergamt Dortmund und der Direktor der Zeche Tengetmann sind eingefahren. Von allen umliegenden Zechen sind Hilfs- und Rettungsmannschaften in großer Zahl eingetroffen, darunter auch die Rettungsmannschaft der Zeche Minister Stein. Die Förderung der Bergleute geschieht zur Zeit nur auf Schacht 2 und 3. Ueber das Schicksal der noch in der Grube eingeschlossenen ist bisher nichts bekannt.

41 Tote, 27 Verletzte.

Wie von der Verwaltung der Zeche Dorstfeld mitgeteilt wird, wurde das letzte Opfer der Grubenkatastrophe gestern um 8 Uhr abends geborgen. Die Zahl der Toten beträgt insgesamt 41 die der Verletzten 27, darunter vier schwer. Die Aufschüttungsarbeiten sind jetzt soweit gediehen, daß wieder sämtliche von dem Unglück betroffenen Baue befahrbar sind.

Berlin, 18. Mai. Wie die Blätter aus Dortmund melden, ist die Explosion auf der Zeche Dorstfeld wahrscheinlich auf die Verletzung von altem Sprengstoff zurückzuführen, die zur Selbstentzündung geführt hat. Gerüchte, wonach Streikbölzer an der Explosionsstelle in großen Mengen vorgefunden worden seien, die auf starkes Raucherzeugen der Belegschaft deuteten und dies die Ursache des Unglücks sei, sind unhaltbar.

15 Prozent Mietzinssteuer für den Wohnungsneubau.

Wie Reichsarbeitsminister Brauns bei einem Festessen im Dresdner Rathaus aus Anlaß der Eröffnung der Jahreschau deutscher Arbeit „Wohnung und Ernährung“ mitteilte, hat der zuständige Ausschuß im Reichstag beschlossene, mit möglichst baldiger Wirkung 15 Prozent der Aufwertungssteuer (Mietzinssteuer) dem Wohnungsbau zuzuföhren, um diesen in gesteigertem Maße

zu beleben. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teilte weiter mit, daß die Reichsregierung sich bereits dahin schlüssig geworden sei, diesen Antrag des Reichstagsausschusses anzunehmen, so daß der begrüßenswerte Plan gesichert erscheint.

Unzufrieden mit Hindenburg!

Graf Reventlow schreibt in dem völkischen „Reichswort“: „Man kann nicht in Abrede stellen, daß sehr weite Kreise in Deutschland eine ausgesprochene Rechtspolitik vom neuen Präsidenten erwarten und erhoffen. Wir glauben dies nicht, sind im Gegenteil überzeugt, daß Hindenburg unbedingt über den Parteien und zwar über allen stehen will, daß er bisweilen Worte sagen und Entscheidungen treffen wird, die manche Herren von rechts in Erstaunen ohne Wohlgefallen setzen werden. Der Leser sei gebeten, die nachstehend zusammengestellten Aussprüche Hindenburgs sorgfältig zu lesen. Er wird ohne weiteres feststellen müssen, daß Hindenburg Unlichkeiten betont und Standpunkte angenommen hat, welche jeder Deutschnationaler und sicher sehr viele Völkische als in seinem Munde „ganz unmöglich“ angesehen haben. Zu der schon neulich festgestellten Anerkennung des Versailler Vertrages als eines verpflichtenden Dokuments kommt hier die warme Anerkennung Eberts, seiner Tätigkeit und seiner Einstellung als einer vaterländischen.“

Das ist das Verzeichnis zur Republik mit der sehr nachdrücklichen Hervorhebung der Souveränität des Volkes als dem tiefen Sinn der Verfassung entsprechend. Das sind Dinge, die man grundsätzlich auf der deutsch-nationalen Seite nicht erwartet hat.“

Schiedspruch im Danziger Briefkastenkonflikt.

Aus dem Haag (Holland) ist folgende Meldung hier eingetroffen: Im großen Rechtsaal des Friedenspalastes wurde heute mittag das Gutachten des internationalen Gerichtshofes im Danzig-polnischen Poststreit in Anwesenheit zahlreicher Vertreter des diplomatischen Korps, darunter auch des deutschen und polnischen Gesandten in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben. Die Verlesung fand in englischer Sprache statt und dauerte eineinviertel Stunden. Das Gutachten besteht in 41 Seiten langen Rechtsausführungen den polnischen Anspruch hinsichtlich eines polnischen Postdienstes auf den Hafen von Danzig, dessen genaues Gebiet jedoch nicht abgegrenzt wurde, sodah der Völkerbund in Gemäß die Hafengrenze festzulegen haben wird. Im Hafen von Danzig habe der polnische Postdienst das Recht, Briefkästen anzubringen, Postfächer einzusammeln und zu verteilen.

Kleine Meldungen.

Sofia, 18. Mai. Gestern wurde in ganz Bulgarien der Namenstag des Königs Boris gefeiert. In allen Kirchen fand zur Errettung des Königs ein Gottesdienst statt.

Madrid, 18. Mai. Wie die Blätter melden, ist das spanisch-schwedische Handelsabkommen unterzeichnet.

Strasburg, 18. Mai. Der sozialistische Abg. Pelrotot ist mit 84 von 86 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister von Strasburg wiedergewählt worden.

Paris, 18. Mai. Im Alter von 82 Jahren ist heute der Minister des Innern im Kabinett Poincaré, Mounoury, der seit den letzten Wahlen dem Parlament nicht mehr angehört, gestorben.